

## INHALT

1. NORLA: CDU-Positionspapier sorgt für Diskussionen
2. Opposition ruft Einigungsausschuss an
3. Finanzministerin senkt Investitionsquote auf 5,5 Prozent
4. SPD, Grüne und SSW heben Winterabschiebestopp auf
5. Landesnaturschutzgesetz mit grüner Tinte geschrieben
6. Besuch der Flensburger Hochschulen
7. CDU bleibt bei klarem „Nein“ zur Cannabis-Freigabe
8. Beeindruckende Arbeit am IEMG in Flensburg
9. CDU-Abgeordnete besuchen Regionalleitstelle West

04.09.2015

### NORLA: CDU-Positionspapier sorgt für Diskussionen „Dritter Weg“ wird breit diskutiert



Das Anfang dieser Woche von der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag vorgestellte Positionspapier zur Agrarpolitik sorgt auch auf der Landwirtschaftsmesse „NORLA“ in Rendsburg für breite Diskussionen. Mittlerweile hat die Fraktion dazu auch einen Flyer veröffentlicht. (Link siehe unten). Auch in anderen Bundesländern finden die Vorschläge Beachtung. So hat sich auch die niedersächsische CDU-Fraktion hinter die Inhalte des Papiers gestellt.

Ziel des „dritten Weges“ ist es, die in der Vergangenheit vor allem von SPD und Grünen öffentlich geschürten Gegensätze zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft aufzulösen.

„Wir wenden uns damit auch gegen derzeit von Umweltminister Robert Habeck vorgenommene ungerechtfertigte Schuldzuweisungen gegenüber den Landwirten. Diese dienen nur dem Ziel, immer neue grüne Überregulierungen zu schaffen“, erklärte CDU-Fraktionschef Daniel Günther dazu. Mit seinen immer neuen Vorschriften mache Habeck die Erzeugung regionaler Produkte so teuer, dass langfristig nur die von ihm angeblich bekämpften Agrarfabriken oder dauersubventionierte Betriebe überleben könnten. „Das ist der falsche Weg, durch den der Strukturwandel nur beschleunigt wird“, so Günther.

Der „dritte Weg“ beschreibt das Ziel, die Landwirtschaft künftig nach Ökoeffizienzkriterien auszurichten und auch zu entlohnen. So soll ein fairer Ausgleich zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen erreicht werden.

Das Agrar-Positionspapier kann im Internet abgerufen werden unter:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/PositionspapierLandwirtschaft2015.pdf>

Link zum Flyer:

[http://www.cdu.ltsh.de/media/der\\_dritte\\_weg.pdf](http://www.cdu.ltsh.de/media/der_dritte_weg.pdf)

---

### **Opposition ruft Einigungsausschuss an Regierung verzögert Herabstufung des Schutzniveaus der Friesenhof-Akten**



Die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, Katja Rathje-Hoffmann

Nachdem SPD, Grüne und SSW in der Sitzung des Sozialausschusses am Donnerstag eine umfassende Akteneinsicht weiter verzögert hatten, haben CDU, FDP und Piraten am Freitag morgen den Parlamentarischen Einigungsausschuss angerufen.

„Die Regierung will den Fall Friesenhof zum Staatsgeheimnis machen. Wir werden nicht zulassen, dass aufgrund der Geheimniskrämerei der Albig-Regierung nicht die notwendigen Lehren aus dem Skandal gezogen werden können. Parlamentarische Kontrolle kann nur funktionieren, wenn die Regierung die notwendigen Informationen liefert. Das werden wir durchsetzen, erklärte dazu die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Katja Rathje-Hoffmann.

Die Oppositionsfraktionen fordern die Landesregierung auf, im Einigungsausschuss zu vier

Punkten Stellung zu beziehen. So verweigert Sozialministerin Alheit ohne ausreichende Begründung den Abgeordneten Einsicht in die Protokolle der Abteilungsleiterrunden. Auch werden anonymisierte Akten ohne Begründung gleichzeitig dauerhaft als vertraulich eingestuft. Viele Anonymisierungen seien ohne Begründung vorgenommen worden. Darüber hinaus weisen die Akten systematisch Unstimmigkeiten auf, wodurch nach Ansicht der Opposition die Möglichkeit der parlamentarischen Kontrolle unterlaufen wird.

„Selbstverständlich müssen die Mädchen, die in dem Heim untergebracht waren, geschützt werden. Das wird durch eine Anonymisierung aber gewährleistet. Die Vertraulichkeitsabstufung für die Friesenhofakten geht weit über das hinaus, was die Geheimschutz- und Datenschutzordnung vorsehen“, sagte Rathje-Hoffmann.

Link zum abgelehnten Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/4600/umdruck-18-4647.pdf>

---

### **Finanzministerin senkt Investitionsquote auf 5,5 Prozent CDU nennt Finanzplanung der Albig-Regierung verantwortungslos**



CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch

In dieser Woche hat Finanzministerin Monika Heinold die Finanzplanung für die kommenden Jahre vorgestellt. Nach der jüngsten Steuerschätzung steigen die Steuereinnahmen noch einmal um 60 Millionen Euro jährlich. Die vom Land zu leistenden Zinszahlungen werden mit bis zu 300 Millionen Euro jährlich niedriger angesetzt.

„Dennoch senkt die Albig-Regierung die nach 2020 geplanten jährlichen Überschüsse von 300 auf 80 Millionen Euro ab. Allein mit steigenden Kosten für die Flüchtlingshilfe ist das nicht zu erklären“, sagte dazu CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch.

Besonders kritisierte er die noch einmal reduzierte Investitionsquote. Diese sinkt bis 2025 auf 5,5 Prozent.

„Ministerpräsident Albig und Finanzministerin Heinold brechen damit bereits heute ihr Versprechen, den Investitionsstau abzubauen. SPD, Grüne und SSW wollen die Infrastruktur des Landes mit Ansage verrotten lassen“, sagte der CDU-Haushaltsexperte.

---

## **SPD, Grüne und SSW heben Winterabschiebestopp auf CDU: Gut, dass die Landesregierung ihren Fehler einsieht**

Im kommenden Winter wird es keinen pauschalen Abschiebestopp für Menschen aus Ländern wie Albanien oder dem Kosovo geben. Darauf verständigten sich die Koalitionsspitzen in dieser Woche.

„Schleswig-Holstein hat bislang den Asylkompromiss unterlaufen. Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber müssen auch abgeschoben werden. Nur so kann eine angemessene Betreuung der zahlreichen Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten sicher gestellt werden. Es ist gut, dass die Landesregierung dies endlich einsieht“, sagte dazu die flüchtlingspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Astrid Damerow.

Ministerpräsident Albig betonte allerdings, es solle nun individuell geprüft werden, ob ein Asylsuchender aus diesen Ländern besonders schutzbedürftig sei. „Das ist nichts neues. Persönliche Hinderungsgründe führen schon immer dazu, dass nicht abgeschoben wird“, machte Damerow deutlich.

Bemerkenswert war die vom Ministerpräsidenten angeführte Begründung für den Kurswechsel. Vor einem Jahr sei noch nicht erwartbar gewesen, dass es Menschen geben könne, die den pauschalen Winterabschiebestopp nutzten oder sogar bewusst ausnutzten, sagte Albig gegenüber dpa. Es wäre fatal, wenn es dann keinen Platz für tatsächlich schutzbedürftige Menschen etwa aus Syrien oder Eritrea gebe.

Damerow erklärte, die Aufhebung des Winterabschiebestopps entlarve frühere Stellungnahmen von Ministerpräsident Albig in dieser Frage als blanken Populismus. „Albig hat das große Wort geführt und sich moralisch über seine Ministerpräsidentenkollegen gestellt. Einmal mehr fallen jetzt seine großen Worte auf ihn selbst zurück“, so Damerow.



Die flüchtlingspolitische Sprecherin, Astrid Damerow

---

## **Landesnaturenschutzgesetz mit grüner Tinte geschrieben CDU: Habeck ließ sich Gesetzentwurf von Naturschutzverbänden diktieren**

Am vergangenen Dienstag (01. September 2015) brachte Umweltminister Dr. Robert Habeck erstmals seine Novelle des Landesnaturenschutzgesetzes auf den Kabinetttisch. Passend dazu demonstrierten Hunderte von besorgten Landwirten, Jägern und Fischern vor dem Landeshaus.

Auf den Transparenten war zu lesen: „Rot, Grün Blau braucht im Naturschutz keine Sau“ oder

„Blau, Grün, Rot sind des Fischers Tod“. Damit zeigten die Demonstrierenden klar, was sie von Habecks Gesetzesnovelle halten.

„Mit diesem Gesetz wird der Druck auf unsere Landwirte noch einmal massiv zunehmen, weil der Boden teurer wird. Das ist das Gegenteil einer klugen regionalen Politik. Habeck redet vom Kleinbauern und zwingt die Landwirte zu Agrarfabriken oder zur Aufgabe“, sagte CDU-Fraktionschef Daniel Günther nach der Demonstration und teilte somit die Bedenken der Agrarexperten.

Dabei ließe Habeck sich die Naturschutzpolitik von grünen Lobbyverbänden diktieren, warf Günther dem Umweltminister vor. „Es geht bei diesem Gesetz nicht um den Schutz der Natur. Es geht um Macht und Geld für Lobbygruppen“.

Habeck fordere in seinem Papier die Wiedereinführung bürokratischer Vorschriften, die sich längst als unnötig heraus gestellt hätten. Neue Grundlagen der Bevormundung kämen ebenso dazu. So vermisse – bis auf die Planungsbüros, die sie erarbeitet hätten - niemand die Grünordnungspläne. Dennoch würden sie wieder eingeführt. Abgeschafft werde dagegen die besondere Verantwortung privaten Eigentums für den Schutz von Natur und Landschaft.

Die insgesamt geschützte Fläche werde laut Günther massiv zunehmen. Folge des Gesetzes werde - auch aufgrund der Ausdehnung des Vorkaufsrechtes auf Vereine und Stiftungen - eine Verschärfung der bereits bestehenden Flächenknappheit sein.

Mit dem Satz: „Ich brauche nicht in den Bauernverband eintreten und Sie müssen auch nicht die Grünen wählen“ versuchte Minister Habeck im ersten Schritt nicht einmal auf die Bedenken der Landwirte, Jäger und Fischer einzugehen.



Der Fraktionsvorsitzende Daniel Günther

---

## **Besuch der Flensburger Hochschulen Rahmenbedingungen seitens des Landes sind nicht optimal**

In Begleitung des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Daniel Günther besuchte der Arbeitskreis Bildung mit der Vorsitzenden Heike Franzen und den weiteren Abgeordneten Volker Dornquast, Peter Sönnichsen sowie Petra Nicolaisen in der letzten Woche der Sommerferien die beiden Flensburger Hochschulen. Ziel ihres Besuches war sich vor Ort ein Bild über die bestehenden Probleme der Hochschulen - insbesondere vor dem Hintergrund des doppelten Abiturjahrgangs – sowie über die geleistete Arbeit zu verschaffen.



„Die Rahmenbedingungen seitens des Landes sind nicht optimal, um die Herausforderungen des doppelten Abiturjahrgangs im nächsten Jahr zu bewältigen. Zumal die zusätzlichen Mittel, die die Hochschulen seit langem fordern, erst ab dem Jahr 2016 fließen“, erklärte Heike Franzen.

Der Fraktionsvorsitzende bedauerte in diesem Zusammenhang, dass der Antrag der CDU-Fraktion, ein 30-Millionen Sofortprogramm bereits mit dem aktuellen Nachtragshaushalt auf den Weg zu bringen, im Landtag nicht die nötige Mehrheit gefunden habe. „Dass das Land überhaupt Mittel zur Verfügung gestellt hat, ist allein der Hartnäckigkeit der Hochschulen zu verdanken“, so Fraktionschef Daniel Günther.

Hochschulpolitiker Volker Dornquast kritisierte im Rahmen des Besuchs den Entwurf der Landesregierung für ein neues Hochschulgesetz. „Statt den Hochschulen mehr Autonomie und mehr Rechte zuzugestehen, werden ihnen immer neue Vorschriften gemacht. Wir als CDU sprechen uns für mehr Autonomie, mehr Freiheiten sowie mehr Zuständigkeiten in der Selbstverwaltung auch bei Personal und Semesterstruktur aus“, so der Hochschulexperte Dornquast.

Im Rahmen ihres Besuches informierten sich die Abgeordneten über den neuen interdisziplinären Studiengang mit dem Arbeitstitel „Europa“, der an der Europa Universität Flensburg zum Wintersemester 2016/17 starten soll. Mit dem Präsidenten der Fachhochschule diskutierten sie über seine Forderung nach einer höheren Masterquote.



Daniel Günther, Heike Franzen und Volker Dornquast mit Vertretern der Europauniversität

---

### **CDU bleibt bei klarem „Nein“ zur Cannabis-Freigabe Sommertour führt Sozialpolitiker nach Rickling**

Schwerpunkt der Sozialpolitiker der CDU-Fraktion war bei ihrer diesjährigen Sommertour die Drogenpolitik. Bei der Firma Dräger in Lübeck informierten sie sich über technische Neuerungen bei Alkoholkontrollen und der Drogenauffindung. Im Hauptzollamt in Lübeck ging es beim Informationsbesuch um die Bekämpfung des Schmuggels.

Im psychiatrischen Krankenhaus Rickling ging es – unter anderem – um die Folgen des Drogenkonsums. Im Hinblick auf die insbesondere von den Grünen immer wieder geforderte Cannabisfreigabe blieben die CDU-Abgeordneten bei ihrer klaren ablehnenden Haltung. Durch Neuzüchtungen sei die Rauschwirkung viel höher und damit der Weg in die Abhängigkeit viel kürzer, als früher.

Kritisch äußerten sich die Sozialpolitiker zur Neufassung des Psychisch-Kranken-Gesetzes durch Sozialministerin Kristin Alheit. Dieses fordert von Einrichtungen, in denen psychisch Kranke zwangseingewiesen werden, kurzfristig und ohne Übergangsfrist den Nachweis der Legitimation des Personals durch die Behörden. Dies hat dazu geführt, dass ein Oldenburger Amtsrichter jüngst die Unterbringung von vier psychisch kranken Personen untersagt hat.

---

### **Beeindruckende Arbeit am IEMG in Flensburg**

#### **Facharbeitskreis Europa informiert sich über Welfare Technology an der FH**

Gelungene deutsch-dänische Zusammenarbeit konnten sich die CDU-Abgeordneten des Fraktionsarbeitskreises Europa am Institut für eHealth und Management im Gesundheitswesen (IEMG) an der Fachhochschule Flensburg ansehen.

„Die deutsch-dänische Region hat im Bereich der Gesundheitswirtschaft und Welfare Technology großes Potenzial“, erklärte der Leiter des Instituts Prof. Dr. Bosco Lehr. Aktuellster Ausdruck dessen sei eine jüngst an den Start gegangene Informationsplattform, die der zunehmenden Vernetzung im Gesundheitswesen beiderseits der Grenze Rechnung trägt. Für die Idee sind Prof. Lehr und Lars Jessen vom Projektpartner Lifepartners (Padborg) mit dem Deutsch-Dänischen Innovationspreis der IHK ausgezeichnet worden.

Aber auch die Bedeutung von eHealth für die Region Flensburg war Gegenstand des Gesprächs. „Die sektorenübergreifende und sichere Kommunikation im Gesundheitswesen mit Hilfe von eHealth-Anwendungen ist eine wichtige Voraussetzung, um eine qualitativ hochwertige Versorgung der Patienten, auch mit Blick auf den demografischen Wandel, zu gewährleisten. Die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in den Gesundheitsberufen sind ein entscheidender Standortfaktor für Flensburg sowie für die Grenzregion und müssen weiter ausgebaut werden“, betonte Lehr. Die eHealth-Masterstudierenden absolvieren ihr Praxissemester übrigens in dänischen Firmen.

Die CDU-Delegation zeigte sich beeindruckt von der Arbeit am IEMG. „Hier arbeitet ein kleines aber hoch kompetentes, engagiertes Team im Bereich Gesundheitswesen. Wir halten eine Stärkung der Forschung des Zukunftsmarktes „e-health“ mit den länderübergreifenden praktischen Projekten für wünschenswert und werden uns als Fraktionsarbeitskreis Europa dafür einsetzen,“ so die europapolitische Sprecherin Astrid Damerow.



Die CDU-Abgeordneten mit Vertretern des IEMG

---

## CDU-Abgeordnete besuchen Regionalleitstelle West Schleswig-Holstein braucht einen rechtlichen Rahmen für die Leitstellen im Land

Die Fraktionsarbeitskreise „Innen und Recht“ und „Kommunales“ haben sich bei einem Besuch der integrierten Regionalleitstelle West in Kiel über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen beim Betrieb solcher Einrichtungen informiert.

„Vor allem die stetig steigenden Einsatzzahlen im Rettungsdienst müssen bei Planungen für die Zukunft konsequent berücksichtigt werden. Eine funktionierende Leitstelle ist die Grundlage eines funktionierenden Rettungsdienstwesens. Kommunen und Krankenkassen müssen hier vorausschauend planen“, sagte die kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen.

Einig waren sich die CDU-Abgeordneten darin, dass es für die Leitstellen auch in Schleswig-Holstein verbindliche rechtliche Vorgaben geben müsse. Während andere Länder solche Regelungen hätten, fehlten entsprechende Vorgaben in Schleswig-Holstein.

„Wir müssen sicherstellen, dass bestimmte Standards überall eingehalten werden. Eine entsprechende Regelung, beispielsweise in Form eines Erlasses, könnte hier Handlungssicherheit schaffen. Gleichzeitig würde dies auch die Verhandlungen mit Krankenkassen, die nicht immer einfach sind, erleichtern. Daher werden wir dieses Thema angehen“, kündigte der innenpolitische Sprecher, Dr. Axel Bernstein, an.



Petra Nicolaisen und Axel Bernstein mit ihren Gesprächspartnern

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)